

A5-Hefte für emanzipatorische Kritik ohne Wenn und Aber

1 Euro

Demokratie

Wenn das Volk herrscht ...

Schonungslose Kritik an
einer Leitkultur, für die Bomben
fallen und Menschen zur
Einheitsmasse verkommen



www.demokratie-total.de.vu ++ www.debatten.de.vu

Demokratie **runterfahren** ... Selbstbestimmung installieren: Eine Kritik

Demokratie ist die zur Zeit weltweit vorherrschende Form von institutionalisierter, staatlicher Herrschaft. Ihr besonderes Merkmal ist dabei die Form der Akzeptanzbeschaffung, also die Mechanismen, mit denen die Demokratie die Zustimmung der Menschen und ihre freiwillige Unterwerfung organisiert.

Demokratie bedeutet, so weitgehend übereinstimmend in Definitionen, Volksherrschaft. Dabei ist das ein verräterischer Begriff, der aus der Addition zweier problematischer Sachen (Einheitsmasse und Herrschaft) etwas vermeintlich Positives konstruiert. Demokratie funktioniert somit immer über den Bezug auf einen imaginierten, organischen und einheitlichen „demos“. Auf staatlicher Ebene ist dieses das Volk, dessen Willen die gewählten VertreterInnen angeblich vertreten oder der sich in Volksabstimmungen manifestiert. Doch die Idee eines „demos“ kommt nie ohne Grenzen aus, bedeutet immer die Vereinheitlichung von etwas Vielfältigem und basiert immer

auf dem Ausschluss von Gruppen und Menschen, die als anders (außen) definiert werden.

Volksherrschaft suggeriert, dass sich das „Volk“ selbst regiert und der Wille der Mehrheit ausgeführt wird. Selbst wenn das so wäre, handelte es sich um Herrschaft, die nichts mit der Vision einer befreiten Gesellschaft zu tun hätte, da so immer unterdrückte Minderheiten geschaffen würden. Tatsächlich ist nicht einmal das der Fall. Denn „Volk“ ist nicht die Menge von Menschen mit ihren Unterschiedlichkeiten, Be-

dürfnissen, Interessen und Konflikten. Sondern es ist der Gemeinwille, der nicht von unten wächst, sondern durch die SprecherInnen des Ganzen erst erzeugt wird. Das Volk sind daher nicht die Menschen, sondern die Gesamtheit, die durch die FührerInnen repräsentiert wird.

In der repräsentativen Demokratie verschlimmert sich das: Bei Wahlen entscheidet nicht die Mehrheit der Menschen, die in einem Staat leben. Zum einen ist die Wahlbeteiligung in vielen Staaten sehr niedrig, weshalb prozentuale Hochrechnungen wenig Aussagekraft haben. Überhaupt nicht bedacht wird weiterhin, das Kinder, MigrantInnen oder entmündigte Menschen nicht wählen dürfen (obwohl Gesetze usw. auch für sie gelten). Würden die abgegebenen Stimmen auf alle Menschen innerhalb des jeweils regierten Gebietes hoch gerechnet, wäre offensichtlich,

dass selbst hinter scheinbar eindeutigen Wahlergebnissen nur ein Teil der Menschen steht, der häufig katastrophal gering ist. Insofern wird gar nicht das beschlossen, was die Mehrheit will – wobei auch das keine freie Gesellschaft ergäbe, wenn es so wäre. Selbst wenn alle wählen dürften & würden – auf die Entscheidungen im Parlament haben die Menschen wenig Einfluß. Gesetze, die für Millionen gelten sollen, werden hier von wenigen entschieden. Es ist also völlig absurd, von Mehrheitsentscheid zu sprechen, wenn mensch nicht unterstellt, dass die ParteienvertreterInnen vom Willen der Menschen telepathisch

kontrolliert werden. Es gibt Beispiele, die das belegen: Die Mehrheit der Menschen in D-Land ist gegen Atomkraft und Gentechnik – doch das interessiert nicht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass in der Demokratie nur wenige Entscheidungen treffen. Die tatsächlichen Möglichkeiten der meisten Menschen, Leben und Umgebung selbstbestimmt zu gestalten, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, unterscheiden sich kaum von denen in anderen Regimes ... bis auf die Wahl der jeweils „Herrschenden“.

Der Glaube, VertreterInnen würden den Willen der Menschen repräsentieren oder zumindest die Mehrheit würde entscheiden, spiegelt nicht die demokratische Wirklichkeit. Es sind Mythen, die ständig wiederholt werden, Diskurse*, die fest in den Köpfen verankert sind. Wenn diese in Krisen- oder Protestzeiten auch bei einigen zu bröckeln beginnen, fehlt es meist an Visionen, was besser sein könnte – oder am Mut, diese zu wollen. Stattdessen werden dann schnell neue HoffnungsträgerInnen nach oben gespült, denen dann, ganz demokratisch, ein neues Mandat zum Regieren erteilt wird. Mit den immer gleichen Enttäuschungen, die aber kein Lernen hervorrufen.

Durch die Mythen, dass die Menschen hier selbst regieren oder zumindest beteiligt würden, kann Demokratie breite Zustimmung herstellen und ist daher weniger auf offene Gewalt angewiesen. Die Erzählun-

Demokratie heißt „Herrschaft des Volkes“. ... Die Millionen Einwohner eines Staates sind nicht wie eine Familie in einem Raum zu versammeln. Die Staatsbürger benutzen ihr Stimmrecht, um Abgeordnete zu wählen, die sie im Parlament vertreten und in ihrem Namen Gesetze beschließen. Jeder Bürger hat die Wahl zwischen den Vertretern zweier oder mehrerer Parteien, die unterschiedliche Interessen durchsetzen wollen. Die dritte Grundlage einer Demokratie ist also die Freiheit der Entscheidung zwischen mehreren Angeboten. ... Demokratie kann nur verwirklicht werden, wenn alle Bürger im Staat begreifen, daß sie selbst der Staat sind. Demokratie erfordert von jedem Bürger Mitarbeit, Mitverantwortung und die Bereitschaft, über das eigene Wohl hinaus am Wohl der Gemeinschaft mitzuwirken. Nicht alle Menschen sind dazu bereit und fähig.

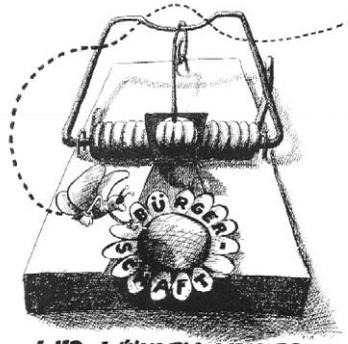
Hilde Kammer/Elisabeth Bartsch, 1993, „Jugendlexikon Politik“, Rowohlt Taschenbuch Verlag in Reinbek (S. 52 f.)

gen machen es leichter, dass Menschen ihre Zurichtung durch Erziehung, Schule, Sozialisation annehmen, ihre Beherrschung verinnerlichen und sich dabei frei fühlen. Dass sie sich nur innerhalb vorgegebener Rollen bewegen und ihre Mitbestimmung eher Ritual denn tatsächlicher Machtgewinn sind, bemerken sie nicht.

Vollständig gelingt diese Assimilierung jedoch nie. Deshalb gibt es weiterhin Kontroll- und Gewaltapparate wie Polizei, Knäste und Militär, die den Markt und etliche Verhaltensnormen durchsetzen. In kritischen Situationen stehen den Mächtigen alle Möglichkeiten bereit, gewaltlos gegen Aufsässige und unerwünschte Menschen vorzugehen, Grundrechte aufzuheben und sich damit auch formal weitgehend an totalitäre Systeme anzugleichen. Ausgrenzung, Abschiebungen und Repression sind schon heute für MigrantInnen, Unangepasste und (in geringerem Ausmaß) politische AktivistInnen ein nicht weg zu denkender Teil demokratischen Normalbetriebs.

Abstimmungen, die für alle gelten sollen, bedeuten immer Herrschaft. Sie setzen Organe voraus, welche die Entscheidungen durchsetzen. Basis- und radikaldemokratische Ansätze verlagern dieses Problem höchstens in neue Ebenen oder Entscheidungsmodelle. Die Überwindung des Kapitalismus reicht nicht, um zu verhindern, dass StellvertreterInnen das tun, was die Menschen wünschen. Es wird weiterhin Seilschaften der Machtkonzentration und Diskurssteuerung geben. Außerdem ist fraglich, ob es nicht in allen Formen der Demokratie weiter Polizei, Knäste und/oder Erziehungsanstalten geben muss, um Menschen auf die gemeinsame Linie zu bringen und Entscheidungen durchzusetzen.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und direkte Demokratie im Staatswesen können höchstens als „Zwischenstufe“ in einem emanzipatorischen Prozess gesehen werden. Dabei stehen bleiben darf es nicht. Und es darf auch nicht zum neuen



WIR WÄHLEN NICHT!

Dogma werden. Denn weitergehender wären Gesellschaftsmodelle, in denen Autonomie und Vielfalt von Lebensformen geschützt und bewusst gefördert werden. Wo sie schon bestehen oder geschaffen werden, darf nicht die demokratische Keule kommen und die gesellschaftlichen Subräume unterwerfen. Denn im besten Falle funktionieren diese wie auch später die ganze Welt ohne Herrschaftsstrukturen, die irgend etwas durchsetzen

können. Dann wäre der Platz da, dass die Menschen frei kooperieren.

In jeder Kritik an Demokratie sollte diese visionäre Ebene genannt werden. Denn es geht um Abbau und nicht um Verschärfung von Herrschaft. Eine emanzipatorische Kritik der Volksherrschaft hat folglich keine Ähnlichkeiten mit antidemokratischen Parolen rechter Gruppen, mit dem Traum nationalistischer Kreise an starken Zentralgewalten, mit religiösen oder irgendwelchen sonstigen AnbeternInnen von Macht und Autorität.

Jeder Schritt soll mehr Selbstbestimmung, mehr Dezentralität und Autonomie bringen! Wahlen sollen nicht einfach abgeschafft, sondern durch Modelle ersetzt werden, die sich an der maximalen Beteiligung der jeweils Betroffenen ausrichten und Selbstbestimmung erhöhen. Und das als ständiger, offener Prozess in Richtung Herrschaftsfreiheit! Ab sofort in vielen gesellschaftlichen Subräumen und irgendwann auf der ganzen Welt!

*Diskurs meint das Zusammenspiel von öffentlichen Debatten, Medien und gesellschaftlichen Institutionen, die bestimmte Denkmuster, Ansichten und Erwartungshaltungen in den Köpfen der Menschen produzieren.

Das Buch zum Thema:

„Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“

SeitenHieb-Verlag, 208 Seiten. Bestellen: www.aktionsversand.de.vu/



Thesen zur Kritik der Demokratie: "Wo das Volk herrscht, geht der Mensch unter"

1. Jede Demokratie und jede demokratische Organisationsstruktur braucht eine Quelle der Legitimation von Herrschaft, die in die Menschen selbst projiziert wird.

Demokratie beruht immer auf einer handlungs- und entscheidungsfähigen Einheit. Jenseits der teils gravierenden Unterschiede zwischen repräsentativer, direkter, Basis- oder Konsensdemokratie benötigen alle diese Systeme eine klare Abgrenzung derer, die die Entscheidungen treffen (dürfen), von denen, die nicht mitentscheiden dürfen. Es muss für jede Wahl genauso wie für jede Mehrheits- oder Konsensabstimmung geklärt sein, wer abstimmen darf und wer nicht. Folglich beinhaltet Demokratie unabwendbar auch eine Einteilung in Innen und Außen. Diese wiederum erzwingt Gremien oder Mechanismen, die die Grenze zwischen Innen und Außen festlegen. Dieses kann nur dann der später als ‚Innen‘ geltende, d.h. abstimmungsberechtigte Kreis von Personen sein, wenn er schon vorher wiederum an anderer Stelle definiert wurde – allerdings dann zwingend ohne irgendeine Legitimation des erst mit dem Akt gebildeten Kollektivs.

2. Kollektivbildung und kollektive Entscheidungsfindung erfordern die Bereithaltung von Durchsetzungsmitteln.

Diese gewährleisten zum einen die Nichtbeteiligung der Personen, die als Außen definiert wurden. Zum anderen setzen sie die gemeinsamen Beschlüsse nach innen durch und definieren, wann eine zwangsweise Durchsetzung nötig ist und welche Mittel dabei eingesetzt werden. Dabei entstehen neue Privilegien und Methoden der Machtausübung, die in einer horizontalen Gesellschaft völlig verschwinden könnten. Bei der Auswahl der später mit besonderen Befugnissen ausgestatteten Personen setzen sich Menschen durch, die über höhere Durchsetzungspotentiale verfügen (Alter, Geschlecht, rhetorische Fähigkeiten). Die Erlangung von Ämtern mit formalem Machtpotential verstärkt folglich ungleiche Handlungsmöglichkeiten zwischen Menschen statt Horizontalität und Gleichberechtigung zu fördern. Gremien mit Kontroll- und Regelungsfunktion werden oft mit dem Hinweis auf Faustrecht, eine gewaltbereite Natur des Menschen oder dem notwendigerweise entbrennenden Kampf um Ressourcen legitimiert. Diese Betrachtung überzeugt nicht, da gerade dann, wenn diese Grundannahmen als wahr eingestuft werden, die in abgehobene Gremien aufrückenden Menschen solche Orientierungen mittels ihrer dann bestehenden Privilegien verstärkt ausleben könnten.

3. Ob parlamentarische, direkte oder Basisdemokratie: sie alle haben einen „demos“ – und brauchen ihn!

Die genannten zentralen Charakterzüge der Demokratie (handlungs- und entscheidungsfähige Einheit, Innen-Außen-Definition, Durchsetzung eines hergestellten Gesamtwillens – jeweils auch im Wandel

der Anschauungen, Diskurse und der sie prägenden Eliten) sind in jedem Typus von Demokratie vorhanden. Die heute diskutierten Formen sind daher gegenüber der dominanten Variante der repräsentativen Demokratie nur Abweichungen im Detail. Zudem bieten sie – jeweils ohnehin nur im Detail – nicht nur zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten, sondern schaffen auch neue Gefahren. So verschärfen jene Reformvorschläge, die eine größere Mitwirkungskraft der Einzelnen im kollektiven Entscheidungsgang vorsehen, die Herausbildung der kollektiven Einheit und der notwendigen Grenzziehung zwischen dem Innen und Außen, indem sie über die ständige Einbindung der Einzelnen in den gemeinsamen Entscheidungsprozess das ‚Wir‘-Gefühl steigern und das klare, oppositionelle ‚Nein‘ unter Androhung des Ausschlusses aus dem ‚Innen‘ gestellt ist.

4. Umgekehrt sind die Subjekte der Demokratie Projektionsfläche für die Hoffnungen der Unterdrückten – statt ihrer selbst.

Unzufriedenheit mit Regierenden oder anderen Menschen (bzw. konstruierten Kollektiven) mündet auch in Demokratien regelmäßig im Wunsch nach Verbesserung. Dieser Wunsch ist oft diffus, aber vorhanden. Demokratie bietet konkrete Wege, wie Verbesserungen erzielt werden können und sollen. Dieses sind in repräsentativen Systemen die Exekutive, in Basis- und direkter Demokratie die Gesamtheit, also wahlweise Volk, Plenum, Gerichte, neue Parteien oder Ähnliches. Demokratie verhindert damit, dass Menschen sich selbst als AkteurInnen fühlen und danach handeln. Statt selbst aktiv zu werden, sich einzumischen, Kooperationen aufzubauen usw., projizieren die Menschen ihre Hoffnung auf eine neue Regierung, das nächste Plenum oder Vorstandssitzung. Wahlkämpfe und die stetige Wiederkehr der vor wenigen Jahren abgewählten Parteien zeugen davon.

5. Diskurssteuerung und Akzeptanzbeschaffung prägen die demokratische Propaganda. Abstimmungen, Wahlen und Rituale der Durchsetzung höherer Werte (Strafprozesse ...) gehören in allen Formen der Demokratie zu den wichtigsten Elementen. Entsprechend sind die Abläufe stark ritualisiert und verregelt. Propagandistisch werden solche Ereignisse als besonders entscheidende Vorgänge in der Praxis von Gemeinschaft aufgeladen. Das zieht eine starke Fixierung auf diese zentralen Akte kollektiver Entscheidungsfindung nach sich, die eine fehlende Selbstorganisation von Menschen verschleiern und horizontale Begegnung zum unwichtigen Nebeneignis abstempeln.

6. Demokratie übernimmt die Rolle der Religionen, wahrscheinlicher aber ist sie einfach selbst eine. Mit dem Bezug auf den Gesamtwillen als moralisch höherwertige Quelle von Handlungsnormen ist die Demokratie eine Weiterführung religiöser Orientierungen. Das Volk tritt an die Stelle des Gottes und

wird nun als Ausgangspunkt des Guten und Machtvollen benannt. Wie beim Bezug auf Gottes Wort wird der Wille des Volkes bzw. das demokratisch legitimierte als das Gute vom anderen, dem Bösen abgegrenzt. Das Böse kann bekämpft werden. Zudem erhielten und erhalten in religiösen Gemeinschaften einzelne Personen und Gremien eine große Machtfülle aus der Behauptung, im Namen des höheren Willens (Gott oder eine andere transzendente Quelle) zu sprechen. In gleicher Weise beziehen sich heutige Regierungen, VolksvertreterInnen, RichterInnen und andere auf das Volk als höheren Willen. In beiden Fällen steigert der Glaube an die höhere Instanz die Bereitschaft zur Unterwerfung bei denen, die nicht im Namen des Höheren auftreten.

7. Demokratie kann viele Formen annehmen – der Kern aber bleibt gleich!
In ähnlicher Weise wie sich die Typen einer Demokratie nur im Detail unterscheiden, sind auch Monarchie, Diktatur und die Demokratie lediglich verschiedene Formen von Organisation und Steuerung kollektiver Systeme bei weitreichender Übereinstimmung der wichtigsten Merkmale. So existieren Recht und Rechtsprechung, Polizei und Armeen, Eigentumsicherung und nationale Abgrenzung, Verwertungs- und Profitzwang in allen bestehenden Gesellschaftsformationen. Die Gewaltenteilung ist überall eine reine Fiktion und wird propagandistisch erzeugt. Zwar kann die Freizügigkeit für die einzelnen Menschen sehr unterschiedlich gestaltet sein. Das ist aber weniger davon abhängig, ob es sich um eine Demokratie, Monarchie oder Diktatur handelt, als vielmehr davon, welchen Grad autoritärer Zuspitzung das jeweilige System entwickelt. Der zentrale Unterschied zwischen den Systemen reduziert sich auf den Mechanismus, wie die Ausführenden der Herrschaft ausgewählt werden.
8. Die herrschende „Klasse“ moderner Gesellschaften sind die Funktionsebenen. Die Demokratie gibt ihnen einen optimalen Rahmen zum Wirken. Die konkreten Strukturen der bestehenden Demokratien in Staaten, Institutionen, Verbänden und sozialen Zusammenhängen weisen folglich stark oligarchische Züge auf. Die Führungspositionen, seien sie durch formalisierte Vorgänge besetzt oder als herrschende Elite informell entstanden, können nicht gleichberechtigt von allen Menschen eingenommen werden. Mehrfach gestufte Verfahren bei der Auswahl von EntscheidungsträgerInnen machen direkte Mitsprache und horizontale Organisationsmodelle unmöglich. In vielen Fällen sind Hierarchien und Stellvertretung sogar durch Gesetze vorgeschrieben, z.B. in Partei-, Vereins- und Wirtschaftsgesetzen. Demokratie ist daher im Wesentlichen eine Oligarchie, in der sich vor allem die Mechanismen der Auswahl Weniger geschichtlich gewandelt haben.
9. Die heutige Debatte über Demokratie suggeriert als Problem, dass die Demokratie sich nicht voll entfaltet hat. Damit verschleiert sie, dass Demokratie die-

se Probleme schafft.

Die heutige Debatte über Demokratie ist eine über ihre vermeintlichen Defizite. Mit einer Schwemme von Büchern, Texten und Kommentaren zur Demokratie wird versucht, Fehler im System der Volksherrschaft zu finden, zu beschreiben, zu analysieren und zum Teil auch zu beheben. Die meisten AutorInnen fordern eine bessere Demokratie, etliche schlagen ihre eigenen Organisationen als Wegbereiterinnen zu dieser vor. Die Frage, ob nicht das System ‚Demokratie‘ selbst die Ursache sein könnte, also ob gerade ihr Funktionieren die Konkurrenz zwischen Menschen und Kollektiven, die internen Hierarchien und Abgrenzungen, die ständige Instrumentalisierung und Normierung sowie andere Probleme erzeugt oder verschärft, wird regelmäßig gar nicht gestellt. Das Unterlassen dieser grundsätzlichen Frage ist eine Ausblendung, die auch methodisch alle politischen oder wissenschaftlichen Abhandlungen über Demokratie fragwürdig erscheinen lässt, weil das Spektrum an Antworten künstlich eingeschränkt wird.

10. Eine Alternative entsteht erst dann, wenn zentrale Steuerung, Kontrolle, Repräsentation und kollektive Einheit als solche in Frage gestellt werden. Angesichts der Fülle offener und versteckter Dominanzen in jeder kollektiven Entscheidungsstruktur kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft nur als offenes System entwickelt werden, in dem sich Menschen horizontal, ohne formale, feststehende Regeln oder anders verfestigte Privilegien begegnen. Eine solche Gesellschaft wäre eine Vielfalt, die schon deshalb nicht als Kollektiv handlungsfähig wäre, weil es keine Legitimation gäbe, im Namen des Ganzen aufzutreten und für alle zu sprechen.
11. Der Weg zu einer solchen offenen und horizontalen Gesellschaft bestünde aus einer Vielzahl und Vielfalt von Experimenten, in denen auf kleinem Raum oder in sozialen Netzen, die Teil des offenen Ganzen wären, die Prinzipien von kollektiver Einheit, zentraler Steuerung und Privilegien abgeschafft würden. Bestandteil solcher Experimente sollte der horizontale Zugriff auf alles Wissen und alle Ressourcen sein, gleichzeitig aber sollte der Rahmen so offen sein, dass sehr unterschiedliche Versuche gleichzeitig gestartet werden können. Mit dieser Umsetzung visionärer, d.h. über heutige Handlungsformen hinausweisender Ideen bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Ansätze durch ein konkretes Tun und Reflektieren der Erfahrungen muss eine widerständige Orientierung verbunden sein. Sie muss sich notwendigerweise gegen kollektive Identität, kollektive Handlungsweise und Stellvertretung, ebenso aber auch gegen jede zentrale Kontrolle und Steuerung richten. Widerstand und Vision, Praxis und Theorie verschmelzen so zu einer voranschreitenden Strategie gesellschaftlicher Intervention.

Zitate zu **Demokratie** und Rechtsstaat

Definitionen

Oberbegriff für eine Vielzahl politischer Ordnungen, denen die begründete und rechtmäßige Berufung von Herrschaft auf den Willen des Volkes im Sinne von Demos und die Rechenschaftspflichtigkeit der Herrscher gegenüber den Herrschaftsunterworfenen gemeinsam ist. Im Unterschied zum älteren Demokratiebegriff, der auf die Volksversammlungsherrschaft in den Stadtstaaten (Polis) der griechischen Antike gemünzt war ..., dient D. in den neuzeitlichen Massendemokratien zur Bezeichnung einer Institutionenordnung oder einer Staatsform von Kleinstaat und Flächenstaaten, in denen die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht und durch seine Repräsentanten ... und letztlich unter Berufung auf sein Interesse oder das Interesse der Mehrheit ausgeübt wird ...

Manfred G. Schmidt, 1995, „Wörterbuch zur Politik“, Alfred Kröner Verlag (S. 205 f.)

Mit struktureller Gewalt ist sachlich zunächst nichts anderes als das Recht selber gemeint. Es handelt sich hier um rechtlich geregelte Verteilungsmuster von Macht- und Einflußchancen, von Partizipations- und Verfügungsmöglichkeiten in den verschiedenen sozialen Systemen der Gesellschaft, wie dem Staat, der Wirtschaft und dem Bildungs- und Ausbildungssystem oder der Familie.

Calliess, Rolf-Peter (2005), „Dialogisches Recht“, Mohr Siebeck in Tübingen (S. 138)

Rechtsstaat ist die organisierte Lebensform des Volkes. Roland Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes der Nationalsozialisten (1937, zitiert nach Informationen zur politischen Bildung 200, Bonn, S. 5)

Regieren des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Abraham Lincoln, „Gettysburg Adress, 19.11.1863“, zitiert in: Massing, Peter/Breit, Gotthard (2002): „Demokratie-Theorien“, Wochenschau Verlag Schwalbach, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (S. 165)

Die Demokratie ist nichts als ein Niederprügeln des Volkes durch das Volk für das Volk.

Oscar Wilde, „Die Seele des Menschen unter dem Sozialismus“

Arbeit, Ökonomie und Eigentum

Entstaatlichung entzieht wichtige Wirtschaftsbereiche auch einer langfristig und an einer nachhaltigen Entwicklung orientierten ökologischen Politik, auf die sich die Bundesregierung und inzwischen auch die Länder und viele Kommunen verpflichtet haben.

Peter Hauschild, „Erfolgreichste Ideologie unserer Zeit“ in: Express 12/2004 (S. 10) – auch erschienen im Buch „Privatisierung: Wahn & Wirklichkeit“ in der Reihe Attac Basis Texte 9, Hamburg 2004)

Staat und Herrschaft

Dieser gemeinsame Wille muß mit einer Macht, und zwar mit einer Übermacht, gegen die die Macht jedes Einzelnen unendlich klein sei, versehen werden, damit er über sich selbst, und seine Erhaltung durch Zwang halten könne: die Staatsgewalt. Es liegt in ihr zweierlei: das Recht zu richten, und das Recht, die gefällten Rechtsurteile auszuführen.

Fichte, Johann Gottlieb, „Grundlage des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre“ (1796). PhB 256, Nachdruck 1991, zitiert in: Weber-Fas, Rudolf (2003): Staatsdenker der Moderne, UTB Mohr Siebeck in Tübingen (S. 188)

Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Vornehmen und Gelehrten, die sich durch ihr eigenes Machtwerk die Herrschaft zuspricht.

Georg Büchner, Der Hessische Landbote (gefunden in: G. Büchner, 1813-1837, Verlag für literarische Produkte, Fernwald 1985)

Natürlich fällt das Recht nicht vom Himmel. Zuerst wird in Rechtssätze gegossen, was üblich ist. Und üblich ist, daß die Starken sich die Rechte nehmen, die sie brauchen.

Eppler, Erhard (2005): „Auslaufmodell Staat?“, Suhrkamp Verlag in Frankfurt (S. 9)

Die Rechtsordnung gilt, die sich faktisch Wirksamkeit zu schaffen vermag ... Wer Recht durchzusetzen vermag, beweist damit, daß er Recht zu setzen berufen ist.

G. Radbruch (1950), Rechtsphilosophie, Stuttgart, zitiert nach: Kühnl, Reinhard (1971): „Formen bürgerlicher Herrschaft“, Rowohlt Taschenbuchverlag in Reinbek (S. 58)

Wenn es also der natürlichen Bestimmung des Menschen entspricht, in Gesellschaft mit vielen zu leben, so muss unter den Menschen etwas sein, wodurch die vielen gelenkt werden. Wären nämlich viele Menschen beisammen und jeder nur auf das bedacht, was ihm selbst angemessen erscheint, so würde die Gesellschaft nach entgegengesetzten Richtungen auseinandergeraten, falls nicht eben jemand da wäre, der für das Sorge trägt, was das Wohl der Gesellschaft betrifft. (...) Denn das Eigene und das Gemeinsame ist nicht dasselbe. Durch das Eigene entstehen die Unterschiede, durch das Gemeinsame wird alles zur Einheit verbunden. Verschiedene Vorgänge haben aber auch verschiedene Ursachen. Es muss also außer dem, was jeden antreibt, sein Wohl im Auge zu haben, noch etwas anderes geben, das ihn bewegt, das Gemeinwohl der Gesellschaft zu beachten. (...) Es muß also in jeder Vielheit etwas geben, das regiert. (...) Hiermit ist deutlich gezeigt, was zu dem Begriff des Königs gehört: einer zu sein, der anderen als Herr vorangesetzt ist und doch wie ein Hirte wirkt, indem er das Gemeinwohl der Gesellschaft, nicht aber seinen eigenen Vorteil im Auge hat. (...)

Thomas von Aquin: *Über die Herrschaft der Fürsten (De regimine principum)*, Stuttgart 1975, übersetzt von Friedrich Schreyvogel, 1 (1), 1 (15), 1 (14), zitiert in: *Massing, Peter/Breit, Gotthard (2002): „Demokratie-Theorien“, Wochenschau Verlag Schwalbach, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn (S. 65 f.)*

Die Macht des Staates ist aber gefährlicher wie jede andere Macht, weil sie mit dem Anspruch auftritt, Ausdruck des allgemeinen Willens zu sein und die von ihr der Arbeit abgenommenen Reichtümer dem allgemeinen Nutzen zuzuführen. In Wahrheit dienen diese Reichtümer ausschließlich der Erhaltung des Staates selbst, das heißt der Macht der Obrigkeit, die die Ohnmacht der Regierten braucht.

Erich Mühsam, zitiert in: *Wilk, M., 1999: „Macht, Herrschaft, Emanzipation“. Trotzdem Verlag Grafenau (S. 12)*

Genauer bildet der politische Staat das (durchaus klassisch zu nennende) rechtliche Werkzeug, die Massen von politischen Entscheidungen fernzuhalten und politische Herrschaft zum Reservat mehr oder minder geschlossener Gruppen zu machen. In der verfassungsstaatlichen Form liegt die Geschlossenheit keineswegs darin, daß zufälligen Einzelnen der Eintritt in diese Gruppen verwehrt wäre (obwohl der Zugang außerordentlich erschwert wird). Nur öffnet der Eintritt in die Gruppen allein den Weg zur Übernahme von staatlicher Macht.

Agnoli, Johannes (1967), *„Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 43)*

Demokratie-Fetisch von „links“

Die Geltung des Rechts in der Welt sicherzustellen – und zwar mit allen erforderlichen Mitteln –, muss daher vornehmstes Gebot internationaler Solidarität gerade im Selbstverständnis von Linken sein.

Rose, Jürgen, *„Die Linke und das Völkerrecht“ in: Freitag, 2.12.2005 (S. 6)*

Demokratie oder Barbarei

Dahn, Daniela (2005), *„Demokratischer Abbruch“, Rowohlt Verlag in Reinbek*

Mehr Demokratie!

Die Polizei kommt, die Demokratie geht!

Demokratie Jetzt!

Ausnahmestand oder demokratische Zivilgesellschaft?

Eine demokratische Verfassungsordnung kann nur dann bestimmende Kraft entfalten, wenn sie vom demokratischen Souverän, dem Volk, auch verteidigt wird.

Mehr Staat wagen!

Slogans aus sozialen Bewegungen

Was vor allem erreicht werden muß, sind Gesetze, die die Menschen zwingen, „moralisch“ zu handeln.

Helmut F. Kaplan in der *Tierbefreiung aktuell*, Juni 2002 (S. 26)

Die Rechtsordnung ist aber auch eine Friedensordnung, die Respekt verdient, so dass sie nicht leichtfertig verletzt werden sollte. ... Die Rechtsordnung sollte daher ohne gute Gründe nicht geschwächt, sondern gestärkt werden. Die überzeugendsten Aktionen sind die, die für das Recht kämpfen und sich nicht über das Recht hinwegsetzen.

„Handout zum Workshop Rechtliches“ auf der Attac-Aktionsakademie 2004 in Marburg, Autor und Referent: Michael Günther, Rechtsanwalt und Greenpeace-Rechtsberater

„Naturschutz ist angewandter Patriotismus“ sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl

Gemeinsame Pressemitteilung deutscher Naturschutzverbände mit der damaligen CDU-Chefin Merkel

Kollektiv und Individuum

Die Verfassung der Deutschen ist von der Erkenntnis geprägt, dass auch ein demokratischer Staat nur existieren kann, wenn ein Konsens über bestimmte Werte besteht. Der Kernbestand unseres Staatswesens ist deshalb jeder Disposition entzogen. Er ist ein Konsens, der einen weiten Spielraum für unterschiedliche, gegensätzliche Standpunkte und Interessen bietet. Die Bürgerinnen und Bürger sollen diese Verfassung, die sie tragenden Grundsätze und damit auch diesen Staat innerlich bejahen und sich ihnen verpflichtet fühlen.

Einbürgerungstest der Hessischen Landesregierung, zitiert aus: FR, 16.3.2006 (S. 9)

Das Volk ist eine Einheit mit einem Willen und ist einer Handlung fähig; all das kann von einer Menge nicht gesagt werden. Das Volk herrscht in jedem Staate, selbst in der Monarchie; denn da äußert das Volk seinen Willen durch den eines Menschen. ... und (wenn dies auch paradox ist) der König ist das Volk.

Hobbes, T., 1642: *„Vom Menschen. Vom Bürger“.* Meiner Hamburg 1994 (S. 198)

Auch muß klar sein, daß es letztlich die Gesellschaft selbst ist, die sich durch das Medium des Staates diese Spielregeln setzt, deren Ziel die freiheitliche Ordnung des sozialen Lebens ist. Ordnung bedeutet deshalb hier immer nur Ordnung für die Freiheit, nie Ordnung um ihrer selbst willen.

Besson, W./Jasper, G. (1966), *„Das Leitbild der modernen Demokratie“, Paul List Verlag München (Hrsg.: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (S. 14)*

Wir sind Papst (*Bild-Zeitung*).

Deutschland wird Papst. (*Frankfurter Rundschau, Internet-Jahresrückblick am 31.12.2005*)

Wenn aber des Menschen Sohn kommen wird in seiner Herrlichkeit ... werden vor ihm alle Völker versammelt werden. Und er wird sie voneinander scheiden gleich als ein Hirte die Schafe von den Böcken scheidet, und wird die Schafe zu seiner Rechten stellen und die Böcke zu Linken.

Matthäus 25, Vers 31 bis 35



Demokratie im Staat und ihre Varianten

Kollektivsubjekt

Wir-Inszenierung

Hierarchien

Durchsetzung

Volk

Volksvertretung

- Inländer-Ausländer
- Formalisierung der Zugehörigkeit
- Nationalistolz
- Sprecher 'im Names des Volkes'

Komplexes Herrschaftssystem
'Staat' mit Repräsentation,
formalisieren Regeln, Wahlen
und Delegation

Volles Arsenal an
Durchsetzungsorganen:
● Polizei, Gerichte
● Behörden
● Eltern, ErzieherInnen,

Nation

Erweiterungen

Direkte Demokratie
'Volks'abstimmung

- Entscheid-Ergebnis als Gemeinwillen
- Gefahr: Gestärkte Legitimation des Wir

Je nach Anwendungsbereichen:
An deren Strukturen ändert sich
wenig (z.B. Staat).
▶ Diskursmacht, Populismus

Durchsetzungsorgane
genauso nötig wie in re-
präsentativer Demokratie

Kumulieren und Panaschieren
Vorwahlen (z.B. USA)
Mehrheitswahl

- Identifikation mit Person

Stärkung der Privilegien ohnehin
privilegierter Personen
▶ Diskursmacht, Populismus

Durchsetzungsorgane
bleiben unangetastet

Regionalpolitik/-entwicklung

- Neues Wir mit starkem 'Die anderen'
- Heimat/Region wie Nation

Austausch der konkreten Personen
und Ebenen bei gleichen
Machtstrukturen

Gleiche Durchsetzungs-
organe auf regionaler
Ebene

Verein + Co

Mitglieder
FördererInnen
AktionärInnen
GenossInnen

- 'Die' Basis mit klarer Grenze innen-außen
- Identitätsbildung durch Logo
- Integration durch Abstimmen und Vertretung

Starrer Aufbau mit
Repräsentation, formalisieren
Regeln, Wahlen und Delegation.
Vorstände, Versammlungen,
Aufsichtsräte, Beiräte,
Kommissionen

Kleines Arsenal eigener
Durchsetzungsmittel wie
Disziplinarverfahren,
Ausschluss, Rüge ...
Ansonsten: Hausrecht,
dann Nutzung staatlicher
Repressionsmittel

Demokratie in Organisationen und Subräumen der Gesellschaft

<p>Hausplenum Kommune Kollektiv</p>	<p>Einfaches formales Herrschafts- system (Hausrecht, Delegation) oder keines (alles im Plenum). Informelle Hierarchien des Machtzentrums 'Plenum'.</p>	<p>Nur geringe oder keine Durchsetzungsorgane, aber starke informelle Möglichkeiten im geschlossenen Raum</p>
---	---	---

<p>'Die' Basis</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Innen-Außen ● Je nach Ausformung Stellvertre- tung möglich ● Diskursmacht der Räte ● Imperatives Mandat als formalisi- erter Gemeinwillen 	<p>Je nach Ausformung verschieden</p>
--------------------	--	---

<h2>Demokratie</h2> <h3>Besondere Methoden der Entscheidungsfindung</h3>		
<p>'Die' Basis</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● Stärkung des Plenums ● Innen-Außen wichtig ● SprecherInnenräte und Stellvertretung 	<p>Definitionsmacht über Zugehörig- keit, Fragestellungen und Abläufe. Intransparente Parallelstrukturen möglich, da Plenum zur Legitimati- on des Diskurses, aber nicht als Gegenmacht taugt.</p> <p>Durchsetzungsorgane bleiben nötig. Dezentralisierung? Kon- krete Erscheinungen: Dorfmilizen, Esoterik ...</p>

<p>'Die' Basis 'Der' Konsens</p>	<ul style="list-style-type: none"> ● wie Basisdemokratie, aber ● dramatische Stärkung des 'Wir' über Konsens ● Definitionsmacht per „Wir haben doch alle ...“ 	<p>Wie Basisdemokratie. Berufung auf 'Konsens' gegenüber Abweichun- gen (obwohl das absurd ist!)</p> <p>Wie Basisdemokratie. Starke Einschränkung für Minderheits- meinungen, über den Entschei- dungsgang hinaus sichtbar zu bleiben (Selbstausgrenzung).</p>
--------------------------------------	--	--

Die **Unvereinbarkeit** von Anarchie und Basisdemokratie

Thesen zu zwei Begriffen, die immer wieder gleichgesetzt werden, aber aus zwei unterschiedlichen Ideologien stammen: Einmal der Organisation von Herrschaft (Demokratie) und einmal der Herrschaftsfreiheit (Anarchie). Eigentlich ...

Basisdemokratie und Anarchie werden häufig zusammen genannt, für viele Menschen fühlen sie sich als dasselbe an, d.h. die Menschen hängen beidem an. So sind Entscheidungsmethoden der Basisdemokratie in anarchischen Zusammenhängen weit verbreitet – und sie werden auch als Entscheidungsmethode „der“ Anarchie propagiert in vielen einschlägigen, sich anarchistisch nennenden Zeitungen, Gruppen und Strömungen, ebenso in Büchern und Broschüren. Doch kann das sein? Die in der Praxis oft nervig langen Plena, endlosen Debatten und formstief ausgeführte Konsensabstimmungen sind geradezu das Markenzeichen einer gelebten Anarchie? Die Lustkurve geht zwar bei all dem regelmäßig nach unten, aber offenbar muss mensch leiden für das Gute. Eine kritische Reflexion über Basisdemokratie und Anarchie fehlt dagegen fast immer. So bleibt unentdeckt, was These dieses Papieres ist: Basisdemokratie und Anarchie passen überhaupt nicht zueinander. Verknüpft werden sie nur in der Ideologie vieler (leider dominierender) Kreise mit dem A-Label und von denen, die deren Propaganda einfach übernehmen, weil es sich so gut anfühlt und die AnleiterInnen in den ach so horizontalen Plena mit Konsensprinzip das so nett-kuschelig-wohlfühlorientiert darstellen ...

Vorweg muss aber klargestellt werden: Anarchie ist die Abwesenheit von Einheitlichkeit und Objektivität. Daher kann es auch keine alleingültige Definition geben und es ist unmöglich, eine endgültige Position zum Verhältnis von Anarchie und Basisdemokratie zu verfassen. Daher bietet das Folgende nur einen Beitrag zur Debatte – subjektiv, thesenhaft, unvollständig. Mehr geht aber auch nicht – jedenfalls in einem herrschaftsfreien Raum. Alles ist Beitrag zur Debatte, alles bleibt offen, alles entwickelt sich und niemand hat die Möglichkeit (und erst recht nicht das Recht – denn das wäre abgeschafft), die Wahrheit zu setzen.

Allerdings reichen die Ausführungen, um offensive Frage zu stellen an die, die ständig (und ohne weitere Begründung) die Behauptung aufstellen, basisdemokratisches Entscheiden sei gelebte Anarchie. Sie machen damit ein Paradox auf: Sie behaupten, für eine herrschaftsfreie Welt sei das Verfahren prägend, wie kollektiv entschieden wird. Dabei wird in einer herrschaftsfreien Welt nicht kollektiv entschieden – oder es ist keine herrschaftsfreie Welt. Das aber eine kollektiv-entscheidungsfreie Welt ausgerechnet daran zu erkennen sein soll, wie diese kollektive Entscheidung abläuft, ist absurd ...

These 1: Anarchie und Basisdemokratie passen nicht zueinander

Entgegengesetzt der meist formulierten Positionen und der gelebten Praxis halte ich Basisdemokratie für ein Herrschaftssystem. Sie ist, das gibt schon das Wort her, eine Form der Demokratie. Demokratie aber ist die Herrschaft des ‚demos‘, also des Volkskörpers oder, auf den kleineren Maßstab angewendet, die Herrschaft der als Gesamtwillen gedachten Einheit über die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Einzelnen. Das ist im großen Rahmen das ‚Volk‘ (mit der Besonderheit, dass dieses erst frei erfunden wird), im kleineren ‚die Gruppe‘, ‚das Camp‘ oder was auch immer – aber immer als Kollektiv, d.h. als handelnde Einheit, gedacht. Damit tritt das Kollektiv konkurrierend den Einzelnen und deren Kooperationen gegenüber: Ressourcen an Aufmerksamkeit, Durchsetzungskraft usw. werden zwischen ihnen verteilt. Anarchie kann das nicht sein, denn ein herrschaftsfreier Raum ist mit der Existenz eines über oder auch nur neben den Einzelnen und ihren Kooperationen stehenden Subjekts mit Handlungskompetenzen nicht vereinbar. Folglich kann Basisdemokratie nicht Teil der Anarchie sein, denn das eine stammt aus der Welt der Macht und der Herrschaftsmethoden, das andere ist eine Idee der Herrschaftsfreiheit.

Weiterlesen? www.demokratie-total.de/wu

These 2: Anarchie ist die Abwesenheit kollektiver Entscheidungsfindung

Kollektive Entscheidungsfindung bedeutet, dass innerhalb einer nicht für einen konkreten Zweck entstandenen Runde von Menschen Entscheidungen getroffen werden, die für alle gelten – auch für die, die sie nicht gut finden, die sich an der Entscheidung nicht beteiligt haben, noch nicht da waren (später gekommen, geboren ...). Kollektive Entscheidungsfindung dient der Konstruktion eines ‚Wir‘ und einer für alle im konstruierten Kollektiv geltenden, d.h. genormten Verhaltensweise.

Anarchie verträgt sich mit der Konstruktion eines ‚Wir‘ nicht, weil dieses niemals die Vielfalt selbstbestimmter Menschen und ihrer Kooperationen, Gruppen usw. widerspiegeln kann. Daher kann Anarchie nur dort existieren, wo auf die Konstruktion des Kollektivs als Einheit und die dorthin führende kollektive Entscheidungsfindung verzichtet ist. Alles, was ist, ist die Entscheidung der Menschen und die Kooperation zwischen ihnen ohne Anspruch auf Vertre-

tung anderer oder Schaffung eines überindividuellen „Wir“, als Kollektivsubjekt. Unter Abwesenheit von Herrschaft würden vielfältige, sich überlagernde offene Systeme (Räume, Netzwerke, Kommunikationsnetze, soziale Gruppen ...) entstehen, die eine Entscheidungsfindung immer nur (wenn überhaupt) zu konkreten Fragen und in der dann dazu passenden Zusammensetzung von Menschen herbeiführen. Das aber wäre dann Entscheidung in der Kooperation, d.h. niemand ist gezwungen, sich dem zu unterwerfen – es gibt kein gedachtes Kollektiv.

3 Zur Kollektivität

These 3a: Basisdemokratie ist kollektive Entscheidungsfindung

Demokratie ist ein System des Treffens von Entscheidungen. Dabei wird zwischen verschiedenen Formen der Demokratie entschieden, die sich hinsichtlich der Methode der Entscheidungsfindung unterscheiden, aber immer den Kern kollektiver Entscheidungsfindung aufweisen. D.h. es wird von einem Gremium oder in einem Abstimmungsgang eine Entscheidung gefällt mit dem Anspruch, dass diese für alle bzw. für die in der Abstimmung definierten Menschen zu gelten hat – ob die wollen oder nicht. Die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen, auch der betroffenen, sind je nach Form der Demokratie (repräsentative, direkte, Basisdemokratie ...) verschieden, in allen aber besteht keine Möglichkeit, sich dem grundsätzlich zu entziehen. Demokratie steht immer für eine Totalität des Anspruchs auf Entscheidung. Ob demokratisch gewählte Regierung, Volksabstimmung der direkten Demokratie oder Plenumsbeschluss im Konsens – das Ergebnis gilt für alle, auch die, die sich nicht beteiligen. Zwar gibt es Abwandlungen, in denen unklar ist, ob tatsächlich der Anspruch auf Zuständigkeit für alle erhoben wird, dann aber wird nicht eine erweiterte Form der Demokratie betrieben, sondern keine mehr. Werden z.B. Entscheidungen aus den zentralen Gremien in kleinere Treffen verlagert, die dann aber auch nur noch für sich entscheiden, so wächst Autonomie – und die ist von Prinzip her nicht mehr demokratisch. Demokratie ist die mehr oder weniger entfaltete Selbstbestimmung des Kollektivs als Kollektiv. Die Selbstbestimmung der Einzelnen für sich und in der Gestaltung der gesellschaftlichen Interaktion ist demgegenüber nicht mehr demokratisch.

Beispiele zu 3:

- ▶ Abstimmungsprozesse aller Art, die in Verbänden, auf Camps usw. Verhalten vereinheitlichen, z.B. Programmabläufe, Ernährungsform, sog. gemeinsame Aktionen und mehr.
- ▶ Vertretung des Ganzen nach außen, d.h. Presstexte, -erklärungen, -kontakte im Namen eines

Verbandes, einer Gruppe oder eines Camps, Vertretung gegenüber Behörden, EigentümerInnen usw.

These 3b: Anarchie ist die Abwesenheit von Kollektivität

Ob Regierung, Parlament, Vorstand oder Plenum – immer beziehen sich diese Gremien auf eine Kollektivität, d.h. eine Menge von Menschen, die als Ganzes entscheidet und Regeln und Normen festlegt, die dann auch für die Einzelnen gelten, die als Teil der Gesamtheit gedacht werden. Das macht von der Logik her nur Sinn, wenn auch erwartet wird, dass die aufgestellten Regeln und Normen eine Wirkung haben, d.h. befolgt werden oder im Zweifelsfall auch durchgesetzt werden können.

4 Zur Stellvertretung

These 4a: Räte Modelle sind immer Stellvertretung und meistens Steuerung von Informationen und Diskursen

Neben der Basisdemokratie, zum Teil auch verbunden mit basisdemokratischen Elementen, werden Räte Systeme als Möglichkeit für herrschaftsfreies Entscheiden vorgeschlagen. In den Räten soll ein imparatives Mandat herrschen, d.h. die dort Handelnden sind an die Beschlüsse derer, die sie vertreten, gebunden. Ob das funktionieren kann, ist die eine Frage, denn der Rückfluss an Informationen aus dem Geschehen in den Räten entscheidet darüber, ob die Vertretenen ihre Vorgaben erfüllt sehen. Steuerung über Information ist aber ein Mittel der Herrschaft und wirkt der tatsächlichen Möglichkeit imparativer Mandatierung entgegen. Zum zweiten aber ist schon in der Logik auch des imparativen Mandats die Stellvertretung integriert. Auch das ständige Recht, die Person jederzeit abzugeben, hebt Stellvertretung nicht aus, sondern begrenzt sie nur in der zeitlichen Dimension. Die Privilegierung in der Phase, in der die Stellvertretung andauert, ist dennoch vorhanden und sichert sich selbst über die Steuerung der Informationsflüsse ab. Was über die Vorgänge in den Räten nach außen dringt, unterliegt der privilegierten Beeinflussung durch die Personen in diesen Räten. Noch bedeutender ist ihr Einfluss auf die Diskurse, d.h. über das, was allgemein als wahr angenommen wird: Welche Probleme liegen vor? Was sind die Ursachen? Wer ist schuld? Gibt es eine Krise und welche? All das sind Diskurse, die in einer Gesellschaft ständig wirken und deren Steuerung in den modern-medialen sozialen Systemen den wichtigsten Machtfaktor darstellt. Bestehen hier Privilegien, ist Horizontalität weit weg. Räte schaffen solche Privilegien, weil die Aufmerksamkeit für deren Handlungen höher ist als für die anderer.

These 4b: Anarchie ist die Abwesenheit von Stellvertretung

Herrschaftsfreiheit besteht nur dort, wo Stellvertretung ganz fehlt, d.h. alle Menschen nur für sich reden und direkte Vereinbarungen schließen. Das schließt komplexe Abprachevorgänge nicht aus – jedoch handeln auch in komplexen bzw. überregionalen Kooperationen die Tätigen nie im Namen anderer, sondern für sich. Im günstigsten Fall stellen sie ständig Transparenz her, so dass andere, die betroffen sind, sich wiederum direkt einmischen können. Sie können dabei Einzelne ansprechen, sie als Kontaktpersonen nutzen, aber niemals werden diese zu ihren VertreterInnen.

Beispiele zu 4:

- ▶ Auf verschiedenen sog. Delegiertentreffen in sozialen Bewegungen (z.B. frühere Deli-Strukturen in der Anti-Atom-Bewegung) sind Kriterien für den Delegiertenstatus gar nicht festgelegt. Dennoch wird mit der Zuweisung dieses Status über die Anwesenheitsberechtigung von Menschen entschieden.
- ▶ Gleichzeitig werden Informationen aus den Treffen gefiltert nach außen gegeben, d.h. eine unabhängige Kontrolle der Tätigkeit von Delegierten ist für die von ihnen Vertretenen gar nicht möglich. Die Macht der Informationshierarchie wirkt.

These 5: Basisdemokratie braucht Innen und Außen

Jede demokratische Abstimmung braucht eine Definition darüber, wer mitstimmen darf und wer nicht. Die Übergänge können zwar fließend sein, aber nicht gänzlich verschwinden, weil jede Versammlung, die als Kollektivsubjekt handelt, zumindest hinsichtlich der Frage, wer davon informiert bzw. dazu eingeladen wird und somit auch nur mitstimmen kann, einer Festlegung bedarf. Damit entsteht immer ein „Innen“ und „Außen“, also die Dazugehörenden und die nicht Dazugehörenden. In der Praxis basisdemokratischer Bewegungen wird zwar oft intern die Gleichberechtigung erhöht, aber es entsteht regelmäßig eine sehr deutliche Konstruktion von Innen und Außen. Es gibt nicht nur eine bestimmte Logik der Einladung zur Versammlung, sondern ständig sogar die konkrete Ausgrenzung von als nicht zugehörig definierten Personen – also über das Privileg des Eingeladenseins hinausgehend.

Beispiele zu 5:

- ▶ Auf einem Camp beschwerte sich ein Anwohner über die Lautstärke. Er war dafür (basisdemokratisch betrachtet völlig korrekt) zum Plenum gekommen und trug sein Anliegen vor.



Er wurde aber als nicht zum Camp dazugehörend definiert und sein Anliegen übergangen. So zeigte sich ein deutliches Innen und Außen – und wer wann wie entschieden hatte, wer dazugehört und wer nicht, war zudem unklar.

- ▶ Auf einem anderen Camp wurden Nazis ausgeschlossen. Doch kollektive Entscheidung kann die Auslegung und Definition im Einzelfall nicht ersetzen und ist erst recht keine (notwendige!) Widerstandspraxis gegen das Treiben der Faschos. Stattdessen legitimiert sie machtförmiges Handeln. Als Folge des Beschlusses zur Ausgrenzung von Menschen entwickelte sich eine zum Teil abenteuerliche Praxis am Kontrollpunkt Eingang, wer als Nazi definiert wurde und wer nicht. Das Aussehen spielte dabei die wichtigste Rolle.

These 6: Basisdemokratie braucht und schafft vereinheitlichte Fragestellungen

Analyse von Herrschaft muss genau analysieren. Dann fällt auf, dass nicht nur mit der Abstimmung als Kollektiv massive Strukturierungsprozesse in einer (eigentlich) vielfältigen Menge an Menschen ablaufen, sondern das alles schon zu einer Vereinheitlichung zwingt hinsichtlich der Fragestellung. Abstimmen kann mensch nur über etwas, was abstimmungskonform formuliert wird. Soziale Frage werden damit auf Abstimmungsfähigkeit reduziert, wobei Komplexität und auch die unterschiedlichen Sichtweisen der vielen Einzelpersonen auf das Thema verloren gehen. Wenn über etwas abgestimmt werden soll, muss es halt um ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ gehen – auch wenn der Abstimmungsprozess so organisiert sein sollte, dass diese beiden Positionen im Diskussionsverlauf änderbar sind. Es bleibt der Druck, die Lösung von Fragen immer im Rahmen der Abstimmungsfähigkeit zu halten – und nicht als offenes Systeme, ungeklärt, dynamisch, unterschiedlich interpretiert. Die Vereinheitlichung der Fragestellung verschärft die Tendenz von Einheit und Kollektiv, sie schafft Identität, Gruppe, Geborgenheit.

Die Wichtigkeit der Formulierung einer Frage in kollektiven Entscheidungsprozessen birgt noch eine andere Gefahr: Hier werden Machtkämpfe ausgetragen. Wer sich dabei durchsetzt, wie eine zur Abstimmung stehende Frage formuliert wird, hat entscheidenden Einfluss auf das Geschehen genommen. In den ganzen Erklärungen zur Basisdemokratie kommt dieser Punkt jedoch regelmäßig gar nicht vor. Das ist entweder ein Defizit an kritischem Denken oder Taktik, weil sich diejenigen, die wissen, wie wichtig die Fragestellung ist, einen Durchsetzungsvorsprung vor denen behalten, die das nicht klar

haben und deshalb in entscheidenden Phasen der Abstimmung nicht aufpassen ...

These 7a: Basisdemokratie schafft soziale Räume mit definierten Aufenthaltsberechtigungen

Der Sinn basisdemokratischer Entscheidung ist, soziale Räume (Orte, Netzwerke, virtuelle Räume, Aktionen, Veranstaltungen ...) mit vereinheitlichten Regeln zu schaffen. Diese können nur Einzelpunkte betreffen und grundsätzliche Verhaltensnormen. Sinn der Entscheidungsfindung ist die daraus entstehende Erwartungshaltung, dass die Menschen sich den geschaffenen Bedingungen auch anpassen. Sollte das nicht geschehen, müssten Sanktionen erfolgen oder festgelegt werden.

Innerhalb konkreter Handlungsgruppen (Aktionsgruppe, WG, Betrieb ...) sind bezüglich des konkreten Zweckes der Gruppe Entscheidungsfindungen unumgänglich. Die Form, in der diese erfolgt, ist in dieser Betrachtung zweitrangig. Entscheidend ist, dass sie nicht über den eigenen konkreten Wirkungsbereich und auf Nichtanwesende u.ä. ausgedehnt wird, sondern für die konkret zusammen Handelnden gilt. Plena, Regierungen, Koordinierungskreise, Vorstände usw. entscheiden aber regelmäßig nicht nur für sich, d.h. die Anwesenden, sondern für alle, das Kollektiv aller Menschen, in deren Struktur das Gremium agiert.

These 7b: Anarchie ist dort, wo Schranken und Grenzen fehlen, wo alles offene Systeme sind

Das Festlegen von Bedingungen für den Aufenthalt von Menschen in einem sozialen Raum ist ein Akt der Herrschaft. Es muss dafür privilegierte Kreise oder Gremien geben, die das „Recht“ haben, diese Bedingungen festzulegen und auch durchzusetzen. Anarchisch ist nur der offene Raum, d.h. das Treffen, das Gebäude, der Prozess oder das Projekt, in das alle Menschen frei eintreten können und über Konflikte kommunikative Prozesse ohne jegliche Vorbedingungen ausgetragen werden. Das bedeutet nicht die Abwesenheit von Veränderungsprozessen, sie werden aber immer zwischen Menschen in einem horizontalen Verhältnis miteinander ausgehandelt, nie über Gremien oder aus privilegierten Positionen heraus. Räume, Netzwerke, Kommunikationsnetze und vieles mehr sind offene Systeme, in denen es keine vereinheitlichten Regeln gibt, sondern im Fall von Krisen, Unbefriedigung und als Reaktion auf alltägliche Übergriffe, Einschüchterungen, Diskriminierungen oder Zugangsbeschränkungen die kommunikative Reaktion, die direkte Intervention und die offene Debatte – aber ohne kollektive Entscheidung.

Weiterlesen? www.offener-raum.de/vu

These 8a: Basisdemokratie bedeutet Regeln und Entscheidungen in Medien

Am Beispiel von Medien ist der Unterschied gut erkennbar. Basisdemokratie sind Zeitungen, Internetplattformen u.ä., bei denen die Auswahl der Beiträge, die Gestaltung usw. von den Beteiligten am Projekt entschieden werden. Basisdemokratie ist dabei der Verzicht auf Obrigkeit und Mehrheitsabstimmung. Konsens und gleichberechtigte Beteiligung aller Projektmitglieder an den Entscheidungen prägen das Geschehen.

These 8b: Anarchie in Medien bedeutet offene Plattformen und das ExpertInnen-tum von allen und ihrer Kommunikation

Anarchie bedeutet Herrschaftsfreiheit. In Medien müßte das bedeuten, dass Medien als offene Plattformen organisiert werden, bei denen die Grenzen von Sender und Empfänger aufgelöst werden. Die NutzerInnen des Mediums werden zu gleichberechtigten GestalterInnen. Einige wenige Beispiele aus dem Internet zeigen, wie das in der Wirklichkeit aussehen könnte, z.B. Wikis und z.T. Indymedia. Printmedien, freie Radios u.ä. könnten durchaus solche Elemente verwirklichen. Sie tun es aber fast überall nicht – ein Zeichen dafür, dass es anarchistische Zeitungen gar nicht gibt, auch wenn sich einige so nennen.

Beispiele zu 8:

- ▶ Dieser Text (ältere Fassung) wurde in zwei sich anarchistisch nennenden, tatsächlich aber basisdemokratischen (wenn überhaupt) Zeitungen zensiert. DA oder GWR begründet das auch offensiv damit, dass sie kein Interesse hätten, Texte mit abweichenden Positionen zu ihren Ideologien zu veröffentlichen. Solche Zeitungen sind – wie die meisten linken Medien – Sprachrohre kleiner elitärer oder beauftragter/repräsentierender Kreise. Wegen der Basisdemokratie reicht bereits ein Veto, um den Text zu stoppen und eine solche Ablehnung als Meinung des Kollektivs nach außen zu vertreten.
- ▶ Das Projekt „Indymedia“ ist dort, wo privilegierte Zensurmöglichkeiten fehlen, ein solches Medium, bei dem MacherInnen und NutzerInnen ähnliche Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die sogenannten „Wikis“ im Netz sind Seiten, die von den BetrachterInnen ebenso verändert oder erweitert werden können wie von denen, die eine Internetseite anlegen. Beide Projekte sind tatsächlich hoch umkämpfte Räume, weil die GegnerInnen offener Systeme (in linken Bewegungen wie erst recht im Rest der Gesellschaft klar dominierend) selbige immer wieder bekämpfen oder dann, wenn das nicht geht, erhebliche Ressourcen einsetzen, um diese dann wenigstens zu dominieren

(z.B. werden bei Wikipedia fast alle Seiten zu führenden PolitikerInnen von deren MitarbeiterInnen ständig kontrolliert und Kritisches entfernt, inzwischen hat Wikipedia zudem selbst ein umfangreiches Zensursystem aufgebaut, was vor allem auf politisch brisanten Seiten täglich zu spüren ist). Dass sie aber solche Kapazitäten investieren müssen, zeigt dass der Raum grundsätzlich offener ist als andere. Würde sich die Zahl offener Systeme vergrößern, wäre diese Strategie schnell am Ende.

These 9a: Basisdemokratie schafft ein „Wir“, erzeugt Einheit und Geborgenheit – das macht sie erfolgreich

Die Zurichtung im Leben eines Menschen (Erziehung, Bildung, soziales Umfeld, Medien ...) bringt fast alle Menschen dazu, sich selbst lieber als Rädchen im System zu begreifen statt eines selbstbewussten, selbst handelnden Individuums, dass sich soziales Umfeld und Kooperationsebenen selbst wählt. So enden fast alle in vorgegebenen Rollen (Haushalt, Kindererziehung, Job, Jobsuche, Ausbildung ...). Da sie Selbständigkeit nicht gelernt haben, fühlen sie sich in Räumen mit vorgegebenen Orientierungen wohl. Entsprechend erfolgreich ist die Basisdemokratie als Strategie von Entscheidungsfindung in politischen Bewegungen. Mensch will was anderes als „die da oben“, aber es darf eben keine ungewohnten Lebensverhältnisse schaffen. Basisdemokratie schafft Einheit, Geborgenheit und ein kollektives „Wir“. Damit kommt sie den erzeugten Bedürfnissen der unter den realen Verhältnissen aufgewachsenen Menschen entgegen. Auch „Linke“ suchen Orientierung von außen statt dem offenen Prozess, in dem sie immer wieder ihre eigene Position finden oder klären müssten.

These 9b: Offene Systeme geben keine Orientierung – das macht sie unbeliebt

Was für die Basisdemokratie Vorteile schafft angesichts der auf Unselbständigkeit zugerichteten Menschen, ist für die Anarchie zur Zeit immer schnell das Ende. Offene Systeme, in denen die Menschen selbst agieren, für sich entscheiden, sich positionieren, selbst handeln und intervenieren (z.B. bei Krisen oder Übergriffen) müssen, sind fremd, bereiten Angst, erzeugen Unsicherheit. Wer aber Welt verändern und bisherige Normalität brechen will, kommt darum nicht herum. Statt nun den Rückzug in eine neue Geborgenheit und Kollektivität zu organisieren, wäre es an der Zeit, den gewollten Bruch mit

dem bisher üblichen und (Fremd-)Orientierung Gebenden auch offensiv zu organisieren – von Methoden der Kooperationsanbahnung und Organisation über offene Räume und offenen Zugang zu allen Ressourcen bis zu Reflexion, Seminaren und mehr; deren Ziel das Hinterfragen der Normalität, das Entwickeln von Utopien und das Aneignen von Know-How im selbstorganisierten Leben ist.

Fazit

Basisdemokratie und Anarchie unterscheiden sich in mehreren grundlegenden Punkte. Herrschaftsfrei ist nur die Abwesenheit, kollektiver Identität, Einheitlichkeit und daher der Verzicht auf kollektive Entscheidungsfindung. Basisdemokratie ist eine

Methode, die Entscheidungsfindung aller für alle gleichberechtigter zu organisieren. Sie schafft Kollektivität und kollektive Entscheidung aber nicht ab. Jenseits der Kritik auch im Detail an Konsens, Vetorecht, der Einteilung an „Innen“ und „Außen“ usw. ist dieser Unterschied zwischen Abwesenheit des Kollektiven (Anarchie) und anderer Organisation des Kollektivs (Basisdemokratie) zentral. Basisdemokratie schafft tendenziell eine Vereinheitlichung. Das immer angeführte Argument, das Vetorecht würde gerade die abweichenden Meinungen stärken, wirkt sich anders aus als meist behauptet. Tatsächlich zwingt das zu Annäherungen der Unterschiedlichkeit und Kompromissen. Die Dynamik von Streit und Vielfalt wird verringert – stärker sogar als in der Mehrheitsdemokratie, wo Abstimmungsschlachten zwar ebenfalls Einheitlichkeit nach außen schaffen und krasse Dominanzen fördern, aber die Minderheiten bleiben erkennbarer – auch für sich selbst als interne Opposition. Basisdemokratie hat die Tendenz, die Unterschiedlichkeit zu verschleiern und das „Wir“ zu stärken.

Eine anarchistische Gesellschaft wird nur entstehen, wenn Stück für Stück kollektive Entscheidungsfindung und ihre Durchsetzung aus der Gesellschaft verdrängt werden. Horizontalität aller Menschen, d.h. gleiche Handlungsmöglichkeiten und die Steuerung von Prozessen über freie Vereinbarung statt Entscheidungsfindung wären das Ziel. Konkrete Projekte wie Medien, alternative Lebensprojekte, Betriebe oder Lernorte von unten haben die Chance, Experimentierflächen zu sein für den Verzicht auf kollektive Regeln, Vorbedingungen oder Entscheidungsfindung. Dann wäre Anarchie nicht nur eine Werbephase, eben eine Mogelpackung für Basisdemokratie, sondern zumindest als Ziel der Versuch eines Ausganges auch der „Linken“ aus ihrer selbstver-

ReferentInnen gesucht?

Wer Kontakt sucht zum Autor dieser Broschüre und des Buches „Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“ oder zu anderen ReferentInnen in Themengebieten wie Demokratiekritik, herrschaftsfreien Utopien oder direkte Aktionen, kann sich informieren oder melden bei:

Projektwerkstatt, 06401/903283

■ Mail: autorinnen@seitenhieb.info

■ Themenangebote und mehr: www.vortragsangebote.de.vu

schuldeten Unmündigkeit, sprich: Der Unterwerfung unter das Kollektive.

Mehr Informationen

- Konkrete Methoden des Hierarchieabbaus: www.hierarchie.de.vu.

- Demokratiekritik: www.demokratie-total.de.vu
- Herrschaftsfreie Utopien: www.herrschaftsfrei.de.vu
- Der ursprüngliche Text plus intensiver Debatte ist unter <http://de.indymedia.org/2005/11/133847.shtml> nachzulesen

www.demokratie-total.de.vu

Bücher zu Widerstand & Vision

Mythos Attac 14,90 €

Kritische Hintergründe zum Hoffnungsträger und Medien-Shootingstar: Strukturen, Strategien, politische Ziele. Perspektiven für Attac-Basisgruppen. A5, 206 S. Brandes&Apsel-Verlag. Ab 3 St. 12 €, ab 10 St. 10 €.

Reich oder rechts 22,80 €

Umweltgruppen und NGOs im Filz mit Staat, Markt und rechter Ideologie: Wer vertritt welche Konzepte, erhält welche Gelder? Wo sitzen Par-

en, wie werden Entscheidungen von oben Schnittstellen zu rechten oder esoterischen dem Innenleben der Verbände. A5, 300 S. 15 €.



Reich oder rechts?



Nachhaltig, modern, staatsstreu? 14,- €

Staats- und Marktorientierung aktueller Konzepte von Agenda 21 bis Tobin Tax. Eine schonungslose Kritik von NGOs bis linksradikalen Positionen. A5, 220 S. Ab 3 St.: 11 €, ab 10 St. 9 €.

Monsanto auf Deutsch 18 €

Die Enzyklopädie der Seilschaften in der Agro-Gentechnik: Behörden, Firmen, Lobbyverbände, Forschung und Parteien. Dazu Kapitel über die Koexistenz-Lüge, Propaganda und Repression. Ab 3 St.: 12 €, ab 10 St. 10 €.



Strafe - Recht auf Gewalt 4,- €

Ein auftrütendes Buch mit Texten und Thesen zur Kritik an Strafe sowie mehreren Interviews mit Rechtsanwältinnen, RichterInnen, Gefangenen und Knast-Kritikern. Ab 3 St.: 3 €, ab 10 Stück 2,50 €.

Strafanstalt. Einblicke in den Knast: Fotos und Texte, die hinter den Mauern entstanden sind und den Alltag dort zeigen. Umrahmt von Texten zu Kritik an Strafe und Alternativen. 110 S., Großformat, 14 €.

Tatort Gutfleischstraße. Sammlung beeindruckender Blicke hinter die Kulissen von Polizei und Justiz: Fälschungen, Fehlurteile, Rechtsbeugung, Gewalt und viele fiese Tricks. 196 S., Großformat, 18 €.

Demokratie. 14 €

Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung

Demokratie ist zur Zeit das Lieblingsthema fast aller politischen Klassen, Strömungen, Parteien, sozialen Bewegungen und internationaler Politik. Mit seinem Buch will der Autor Keile in die Harmonie treiben: Ist Herrschaft des Volkes wirklich etwas so Gutes? 208 S.

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen: Gegenbilder zu Verwertung, Herrschaft und Kapitalismus – Theorie der Herrschaftsfreiheit, Selbstorganisation, Selbstentfaltung, Mensch-Natur-Verhältnis, emanzipatorische Bewegung, 354 S., A5, 14 €

Kritische Reader zu Ökonomie von unten, Agenda 21, und Ökonomie&Ökologie. Gesammelte Texte, Dokumente, Statements. A4, je ca. 70 S.&6 €.

Aktionsmappe Umwelt, Tipps für die konkrete politische Arbeit vor Ort: Organisation, Rechtliches, Aktionstipps, Finanzen usw., A4-Ordner. 15 €

Das System ist schuld. Kleines Heftchen zu Umweltozerstörung und den Ursachen. A5, 24 S., 1 €.

Blockadefibel – Tipps für Blockaden, Lock-Outs, Besetzungen und mehr. A5, 52 S., 2 €.

Food-Koop-Handbuch. Tipps für Gründung, Rechtliches. A5, 110 S., 8 €.

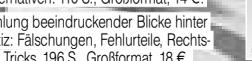
Autonomie & Kooperation. Das Buch zu herrschaftsfreien Utopien, u.a. Kapitel, Alternativen zur Strafe. A5, 200 S., 14 €.

Anarchie. Bestandsaufnahme im deutschsprachigen Raum. 408 S., 6 €

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen



Ökonomie & Ökologie



www.aktionsversand.de.vu

15

www.aktionsversand.de.vu

Mehr Denktraining im Internet

Demokratiekritik: www.demokratie-total.de.vu
 Gegen Knast und Strafe: www.welt-ohne-straefe.de.vu
 Herrschaftskritik und Utopien: www.herrschaftsfrei.de.vu
 Was heißt Anarchie? www.anarchie-debatte.de.vu
 Umwelt-NGOs & Co.: www.projektwerkstatt.de/aes
 Attac: www.attac-online.de.vu
 Gentechnikkritik: www.gendreck-giessen.de.vu

Materialien

Reader „Antirepression“ und „Direct Action“: Grundlagen, Rechtstipps, Aktionsideen, Beispiele und viele konkrete Ratschläge für bunte Widerständigkeit und kreativen Umgang mit Polizei und Justiz. A4 mit 72 S. Je 6 €.



Rundum-Paket für politisch Aktive mit 3 Readern plus 3 CDs zu „Direct Action“, „Antirepression“ und „Hierarchieabbau in Gruppen“ für 20 €

Direkte Aktion/Blockadefibel

Kleines Heftchen mit vielen konkreten Tipps für Lock-ons, Klettern, Festketten und mehr. A5, 2 €

Knast: Broschüre gegen Gefängnisse. Mit Aktionsideen. A5, 20 Seiten, 1 €

Kreative Antirepression: Ein Heftchen wie dieses, aber mit Tipps und Tricks zu subversiver Gesprächsführung bei Festnahmen, Personalienkontrollen, vor Gericht sowie Aktionstipps und mehr. 16 Seiten, 1 €

Kreativ demonstrieren: Broschüre mit Aktions- und Orgatipps für Demos, die mehr sind als Latschen. Mit vielen Beispielen. 16 Seiten, 1 €

Die Mischung macht's! Broschüre zur Einführung in Direct Action. Beispiele und Tipps, wie Aktionsmethoden gut miteinander verknüpft werden können – von Theater über Kommunikationsguerilla bis Militanz. 16 Seiten, 1 €

Mehr A5-Hefte: Kreative Antirepression, Achtung! Polizei! Aneignung jetzt!, Kreativ demonstrieren, Widerstand im Alltag, Geschlechterverhältnisse. Je 1 €

Denkstoff in Buchform:

„Demokratie. Die Herrschaft des Volkes. Eine Abrechnung“. 14 €

„Freie Menschen in freien Vereinbarungen“. Gegenbilder zu Markt und Staat. 14 €.

„Herrschaftskritik“. 10 €

„HierarchNIE!“ – der Reader zum Hierarchieabbau in Gruppen. 6 €

Siehe Anzeige auf vorhergehender Seite.



Inhaltsverzeichnis

Demokratie runterfahren	2
Eine Kritik	
Thesepapier	4
Zitate zu Demokratie und Rechtsstaat	6
Demokratie im Staat und ihre Varianten	8
Unvereinbarkeit von Anarchie und Basisdemokratie	10
Internetseiten, Inhalt	20

Autor und V.i.S.d.P.:

Jörg Bergstedt
 c/o Projektwerkstatt
 Ludwigstr. 11
 35447 Reiskirchen-Saasen

www.projektwerkstatt.de
 ... die Einstiegsseite!

www.vortragsangebote.de.vu
 Workshops, Referate, Trainings



Talort
Guffleischstraße
 Die fiesen Tricks von Polizei und Justiz

Fiese Tricks von Polizei und Justiz
Die Ton-Bilder-Schau!

Habt Ihr Lust, in Eurer Stadt/Region eine Infoveranstaltung über die Tricks von Polizei und Justiz zu organisieren? Wir kommen dann gerne mit unserem Material vorbei (www.fiese-tricks.de.vu).
 Oder Workshops, Trainings ...?
 (www.vortragsangebote.de.vu)

Zu links: Alle Materialien zu bekommen über die Projektwerkstatt sowie www.aktionsversand.de.vu/